

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident

**Redebeitrag in der 991. Sitzung des Bundesrates
am 29.06.2020**

zum

2. Corona-Steuerhilfegesetz

(Es gilt das gesprochene Wort !)

Anrede,

das Jahr 2020 sollte für die Finanzpolitik der Länder ein Ausrufezeichen bekommen: Der Start der Schuldenbremse. Ein Ausrufezeichen wird dieses Jahr ganz sicher auch bekommen, allerdings unter völlig anderen Vorzeichen: Das Jahr einer historischen Rekordverschuldung. Dazu wird auch das Gesetzeswerk beitragen, das wir gleich beschließen werden, und dennoch wird wohl niemand der Feststellung widersprechen: Wir müssen so vorgehen.

Mit der Corona-Krise ist ein harter Einschnitt für nahezu sämtliche Bereiche unserer Gesellschaft verbunden. Das wissen wir alle und ich muss die Einzelheiten hier nicht ausführen. Wenn die Bundesregierung vorschlägt, ein Hilfsprogramm im Umfang von sage und schreibe vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu realisieren, spricht das Bände. Ich habe jedenfalls nicht die Kritik gehört, dieses Programm sei zu groß. Nein, so groß sind die Probleme, vor denen wir stehen und auf die wir reagieren müssen. Und noch etwas: Jedes andere Vorgehen käme uns noch teurer zu stehen. Unternehmen, die morgen ihre Bücher schließen,

werden nie wieder Gehälter zahlen, nie wieder Sozialbeiträge zahlen, nie wieder Steuern zahlen. Wir müssen gemeinsam alles tun, in dieser extrem schwierigen Situation Gesellschaft und Wirtschaft Perspektiven für ein Come back aus der der Krise aufzuzeigen.

Deswegen unterstütze ich dieses Programm, das viele richtige Ansätze zusammenfasst. Das gilt z.B. für den Familienbonus. Wenn wir die Konjunktur sinnvoll ankurbeln wollen, drängt es sich geradezu auf, mit diesem Kreis unserer Bevölkerung zu beginnen, der in vielen Fällen nur über einen sehr kleinen Geldbeutel verfügt.

Außerordentlich positiv und über meine Erwartungen hinaus ist die Unterstützung der Kommunen. In der Vergangenheit ist die Bedeutung dieser Ebene unseres politischen Systems gelegentlich unterschätzt worden, das ist jetzt definitiv nicht der Fall. Ich möchte nicht nur die Unterstützung bei der Kompensation von Steuerausfällen und der Förderung von Investitionen hervorheben. Was mich besonders gefreut hat, ist die Bereitschaft des Bundes, künftig bei den Kosten der Unterkunft eine stärkere Verantwortung zu übernehmen. Das hilft gerade vielen strukturschwachen Gemeinden, nicht nur jetzt in der Krise, sondern auf Dauer. Ein ausdrückliches Kompliment für diese Entscheidung.

Und dann gibt es Bereiche, in denen auch die richtige Begleitmusik zu hören ist. Bei der Energiewende gab es bis jetzt eine gefährliche Flaute. Auf Grundlage der vom Bund getroffenen Entscheidungen und der Absprachen zwischen der Bundesregierung und den Ländern haben wir die Chance auf einen Neustart. Auch das ist mehr als nur Krisenbewältigung, sondern ein wichtiger und weitsichtiger Beitrag für die Zukunft.

Ich könnte manches andere Gute hinzufügen, möchte aber auch die Schattenseite nicht verschweigen. Die allgemeine Senkung der Mehrwertsteuer erscheint mir nicht über jeden Zweifel erhaben zu sein. Werden wir überall erleben, dass die Preise purzeln? Sicher nicht. Stattdessen höre ich aus vielen Unternehmen Klagen über einen beträchtlichen Aufwand bei der Umstellung des Rechnungswesens für einen relativ kurzen Zeitraum. Ganz besonders ist das übrigens im Bereich der Gastronomie der Fall. In dieser Branche verändern sich in geradezu skurriler Weise die Steuersätze nahezu im Monatstakt und dann auch noch differenziert zwischen Speisen und Getränken oder Verzehr innerhalb oder außerhalb des Betriebes.

Wäre es nicht klüger gewesen, konsequent dieselben Mittel für eine deutliche Senkung der EEG-Umlage einzusetzen? Damit wäre die Kaufkraft bei Millionen Konsumenten, aber auch die Liquiditätslage vieler Unternehmen direkt verbessert worden und obendrein ein deutlicher Anreiz für erneuerbare Energien gesetzt worden.

Oder um ein anderes Thema anzusprechen, das uns sicher noch beschäftigen wird: Mir macht die Entwicklung in der Automobilindustrie Sorgen. Nicht in erster Linie auf der Ebene der Hersteller, umso mehr allerdings bei den kleinen und mittleren Zulieferunternehmen und angrenzenden Bereichen wie der Stahl- oder der chemischen Industrie. Ein gezielter Impuls für diesen ungemein wichtigen Teil unserer Volkswirtschaft wäre in dieser Situation sehr hilfreich gewesen. Die Länder Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen hatten dazu einen Vorschlag unterbreitet, der leider kein Gefallen gefunden hat. Hoffen wir, dass wir in einigen Monaten nicht unter ganz anderen Vorzeichen noch einmal darüber reden müssen.

Diese kritischen Hinweise ändern allerdings nichts an der Gesamtbewertung des Programms im Ganzen, das ich gerne unterstütze. Ich verbinde dieses Votum aber zugleich mit einer herzlichen Bitte: Das bei den jetzt weiter notwendigen Schritten immer und überall der bürokratische Aufwand im Rahmen bleibt und sich viele Adressaten, die dringend auf eine Unterstützung warten, unterstützt und sich nicht geschurigelt fühlen mögen. Auch damit können wir einen Beitrag zu einem Come back aus dieser Krise heraus leisten.